

Rücktritt als Vorstandsmitglied der Mühlenkreiskliniken abgelehnt

Von **Christian Busse**

**Lübbecke** (WB). Kreisbaudezernent Jürgen Striet hat im Verwaltungsrat der Mühlenkreiskliniken sein Rücktritt als Vorstandsmitglied angeboten. Einstimmig, so ein Sprecher, habe der Verwaltungsrat Jürgen Striet gebeten, seine Arbeit fortzusetzen. Striet ist in die Kritik geraten, weil er als Kreisbeamter Prämien und Aufwandsentschädigungen erhalten hatte.

Nach Informationen dieser Zeitung wollte Jürgen Striet seine Arbeit im Vorstand der Mühlenkreiskliniken bei der Sitzung des Verwaltungsrates am Dienstag beenden. Seit 2005 ist er im Vorstand für den Bau des Johannes-Wesling-Klinikums zuständig. Dafür erhält er eine monatliches Extra-Gehalt in Höhe von 700 Euro, deklariert als Aufwandsentschädigung für Telefongespräche und ein Büro bei sich zu Hause. Für die Einhaltung der Bautermine erhielt er eine Prämie in Höhe von 35 000 Euro.

Nach Angaben eines Unternehmenssprechers haben alle Mitglieder des Verwaltungsrates den Bereichsvorstand Bau gebeten, seine »erfolgreiche Tätigkeit bis zum Abschluss der Verhandlungen und Verfahren im Zusammenhang mit dem Neubau des Johannes-Wesling-Klinikums fortzusetzen.« Wann das seit fünf Jahren von Patienten und Ärzten genutzte 290-Millionen-Objekt schlussgerechnet ist, kann der Unternehmenssprecher nicht sagen. Derzeit laufen noch einige Gerichtsverfahren.

Offenbar scheint man auf Jürgen Striets Detailwissen in Bezug auf den Bau des Klinikums bei den Prozessen nicht verzichten zu können. Ein Klinik-Sprecher: »Sein fachliches Know-how im Zusammenhang mit der früheren technischen Bauleitung beim Neubau des Johannes-Wesling-Klinikums soll auch für die noch verbliebenen Prozesse und Verfahren zum Wohl der Mühlenkreiskliniken genutzt werden.« Der Vorstand der Mühlenkreiskliniken begrüßt diese Entscheidung.

Am Montag, 18. Februar, will der Krausausschuss um 16 Uhr im Mindener Kreishaus über Nebenbeschäftigung leitender Beamter des Kreises verhandeln. Wie berichtet, erhalten neben Jürgen Striet (jährlich 17 500 Euro, Mühlenkreiskliniken, AML, AMLimmo und GBSL) auch Landrat Ralf Niermann (5400 Euro, Sparkasse), und Hartmut Heinen (4908 Euro, Mindener Kreisbahn) nicht unerhebliche Nebenverdienste.

Die Freie Wählergemeinschaft (FWG) fordert vom Landrat Dr. Ralf Niermann ein stärkeres Bekenntnis zu seinem Kreisbaudezernenten. »Die Mitglieder der FWG gehen davon aus, dass diese Zahlungen nicht aus einer schwarzen Kasse stammen, sondern durch entsprechende Beschlüsse in den zuständigen Gremien abgesichert sind. Dadurch taucht die Frage auf, warum der Landrat als Dienstherr sich nicht vor seinen Mitarbeiter stellt«, schreibt die FWG in einer Stellungnahme. Auch von der Politik fordert die FWG ein stärkeres Bekenntnis zum Kreisbaudezernenten.